

Ö1, Journal um 8.

Mit Christine Tönige, Frankenberger im Studio, Guten Morgen.

Österreich ist in Sachen Medikamenten immer noch stark abhängig von China.

Wird sich der Endpass in diesem Winter wiederholen und welche weichen Stellungen sind nötig?

Darüber spreche ich gleich mit dem Lieferketten-Experten Peter Klimek.

In Wien treffen einander Landeshauptleute und Finanzminister für einen weiteren Schritt bei den Finanzausgleichsbehandlungen.

Experten fordern dringend die Berücksichtigung des Klimaschutzes.

Eine Überarbeitung des Post-Brexit-Abkommens kündigt der britische Oppositionsführer Kies Dahmer an, falls seine Laborpartei die nächsten Wahlen gewinnt.

Und Ärger über die Tunnelsanierungen auf der Tauernautobahn die Politik fordert eine rasche Lösung von der ASPINAC, das Sanierungskonzept für die 5-Autobahn-Tunnel müsse überarbeitet

werden.

Die Wetterprognose hat Gunter Schuller.

Eine Weile lang bleiben wir in einer zum Teil kräftigen, vönigen Südströmung.

In Wien wird der Wind bald auf bis zu 60-70 Kilometer pro Stunde auffrischen.

Es gibt heute einige Sansonne nach Süden zu, aber vorerst Streckenweise Nebel und Hochnebel.

Und im Tagesverlauf kommen dann von Westen auch vermehrt Wolken und eine Gewitter- und Regenzone herein.

Konkret wird es im Lauf des Nachmittags von Vor-Arlberg bis in Salzkammergut und bis Oberkärntenregnerisch bzw. Gewittrig.

Am Abend ziehen auch im Donerraum und im Norden Österreich Schau und Gewitterzellen durch.

Dabei kann es stark regnen und auch hagen.

Außerdem schlägt der Wind dann auf Westum und kann ebenfalls wieder stürmisch werden.

Über 20 Grad hat es jetzt schon in Vor-Arlberg.

Die Höchstärte heute 24 bis 31 Grad.

Ein Medikamentenengpass wie im vergangenen Winter soll sich nicht wiederholen, lautete die Ansage der Politik nach der vergangenen Grippesaison.

Der Produktionsstandort Europa sollte gestärkt werden, doch noch immer kommt der Großteil unserer Medikamente oder deren Wirkstoffe aus Asien.

Zwar gibt es einzelne nationale Projekte, um die Abhängigkeit zu reduzieren.

Im Großen und Ganzen hat sich aber kaum etwas getan, wie der Verband der pharmazeutischen Industrie Famic kritisiert.

Max Nikols.

Noch immer kommen laut Brauschenschätzungen 70 bis 80 Prozent unserer Medikamente bzw. deren Inhaltsstoffe aus China oder Indien.

Auf europäischer Ebene werde zumindest darüber diskutiert, die Abhängigkeit bei Medikamenten vom Asiatischen Raum zu reduzieren.

Auf nationaler Gescheh nicht einmal das, sagt Alexander Herzog, Generalsekretär der Famic.

Das ist der Verband der pharmazeutischen Industrie.

Auf nationaler Ebene haben wir hier keine nennenswerten Initiativen seitens des Gesundheitsministeriums

oder seitens der für die Gesundheit oder die Medikamentenversorgung zuständigen Behörden gesehen.

Auf Nachfrage beim Gesundheitsministerium verweist man auf die auch von Herzog genannten Bemühungen der Europäischen Union.

Doch es gibt auch Länder, die eigene Wege gehen.

Frankreich etwa hat im heurigen Juni angekündigt, für 50 essentielle Medikamente die Herstellung des Rohstoffs oder des Endproduktes nach Frankreich zu verlegen.

Ab 2025 soll etwa das Schmerzmittelparazettermol wieder in Frankreich produziert werden.

Versuche die Abhängigkeit bei der Medikamentenversorgung von Indien und China zu reduzieren.

Welche Hausaufgaben sind noch ausständig, um Verbesserungen zu erreichen?

Darüber spreche ich jetzt mit Peter Klimek, erleitet das neue Lieferkettenforschungsinstitut in Wien, Supply Chain Intelligence, Institut Austria.

Guten Morgen.

Guten Morgen.

Sie untersuchen globale Lieferketten und deren Schwachstellen.

Die Probleme bei der Medikamentenlieferung sind im Vorjahr ausgegangen von einer erhöhten Nachfrage und der Reduktion der Produktion auf wenige Standorte.

Zu Beginn also die Frage, gibt es Hinweise, dass es kommenden Winter ähnlich aussehen wird?

Das ist jetzt noch schwer einzuschätzen, was nicht passieren sollte, ist, dass man jetzt wieder überrascht ist von einer nachvermernten Nachfrage bei Medikamenten, die man gegen Infektionskrankheiten einsetzt.

Da ist jetzt wohl überall angekommen, dass die Pandemie vorbei ist und diese Krankheiten wieder normal zirkulieren.

Andererseits, wir haben es im Bericht gehört, wir haben nach wie vor eine sehr hohe Konzentration bei den Produktionsstandorten.

Man sieht eigentlich schon in den letzten Jahren, dass es deswegen vermehrt so Medikamenten engpusten kommt, die sich dann leider auch in Versorgungsengpässe übersetzen.

Und auch davor sind wir dieses Jahr wieder nicht gefeiert.

Wir entschuldigen uns für die schlechte Tonqualität, versuchen es aber weiter.

Es stellt sich die Frage, wie Europa und die Nationalstaaten auf eigene Beine kommen bei der Medikamentenversorgung.

Das Gesundheitsministerium in Österreich verweist an die EU.

Aber was könnte Österreich selbst noch unternehmen, Herr Klimek?

Also, zuerst einmal bin ich nicht unbedingt der Meinung, dass wir die gesamte Produktion wieder nach Europa verlegen können oder dass es wirtschaftlich sinnvoll wäre.

Wichtig ist ja, sich zu debisifizieren, dass man ja Anreize setzt, dass man hier einfach sich breiter aufstellt und dass mehr in Quellen die Medikamente hernimmt, wo wir, glaube ich, auch leicht viel erreichen könnten ist, aufgrund der Beobachtung, dass diese Liefer Engpässe ja nicht über gleichzeitig auftreten, sondern häufig nur in bestimmten Regionen.

Das heißt, wenn man hier in Österreich aber auch über Europa hinweg bessere Informationssysteme aufsetzt, um zu erleichtern, zu sehen, wenn dort was mangelt, wo es vielleicht woanders vorhanden, dann kann man das schneller ausgleichen, dann kann man den gemeinsamen Markt der

EU

nutzen und hiermit mögliche Engpässe frühzeitig abführen.

Sich besser koordinieren, die Pharmahersteller sprechen immer davon, dass der Kostendruck sehr hoch sei.

Die Medikamente müssten Sie sehr billig verkaufen und damit billig produzieren.

Braucht es hier Ihre Einschätzung nach Markteingriffe?

Also es ist tatsächlich so, dass bei vielen Medikamenten, die in sehr großen Mengen hergestellt werden, die die Marschen, also die Profite sehr, sehr gering sind, deswegen haben wir dort auch etwa bei den Antibiotikern dieser hohe Produktionskonzentration in wenigen Ländern, wo das wirtschaftlich noch möglich ist.

Prinzipiell sollte das Ziel natürlich sein, dass man Anreize schafft, dass der Markt dieser Risiken internalisiert, dass da quasi ein richtiger Anreizsystem hat, damit man das am Markt selbst ausgleichen kann.

Aber am Ende des Tages ist klar, wenn man sich gegen solche Lievereingpässe versichern möchte und mit einer Versicherung entsprechend kosten und ohne dem wird es leider nicht gehen.

Sie haben gesagt, Europa soll sich breiter aufstellen und sich auf einige Produkte konzentrieren.

Welche Medikamente könnten das sein, die in Europa verstärkt produziert werden?

Also da muss man sich natürlich anschauen und genau das passiert ja jetzt auf EU-Ebene, wo man am meisten Risiko aber gleichzeitig auch Konzentration bei den in der Produktion hat.

Eine Sache, wie wir natürlich gemerkt haben, sind da eben die Antibiotika, da geht es aber auch, also hauptsächlich auch um Medikamente, die zum Beispiel auch die Schmerzmittel, wo man dann einfach Erfahrung gesehen hat, da wird es häufig eng und gleichzeitig hat man sehr starke Abhängigkeiten, das muss man jetzt systematisch erheben und dann entsprechend angehen.

Wie sehen denn die Vorlaufzeiten in diesem Bereich aus?

Das ist ein weiteres Problem, was uns vor allem dann letztes Jahr zur Schaffung gemacht hat in diesem Bereich.

Es ist nicht so, dass man da, also da stecken globale Wertschöpfungsketten dahinter, die kann man sozusagen nicht von heute auf morgen hochfahren oder runterdrehen, sondern da wird häufig überjährig bestellt, also sprich, da muss man eigentlich bei dem Vorhinein wissen, was für eine Nachfrage man hat und sich um anzuschauen, dass man dementsprechend decken kann und all das führt dann hinzu, dass wenn es dann eben zu größeren Schrankungen kommt, dieses System auch leichtsame Anfällig wird.

Also hier geht es auch darum, dass man den Markt genauer versteht, dass man die Nachfragen genauer versteht und hier dann zu einer besseren Planung kommt und auch Risiko vielleicht durch Einkaufsgemeinschaften, also durch da hier die die Marktmachts, sozusagen erhöht auf der Einkäuferseite, um ja dann hier besser gewappnet zu sein.

Eine gemeinsame Einkaufspolitik in der EU, um die Abhängigkeit von China und Indien zu verringern bei der Medikamentenversorgung, danke Peter Klimek für das Gespräch.

Vielen Dank.

In Großbritannien zeichnet sich der Brexit als großes Thema im kommenden Wahlkampf ab.

Der britische Oppositionsführer Kirsten Dahmer eine breite Überarbeitung des Brexit-Abkommens mit der EU anzustreben, mit dem Ziel die Beziehungen wieder zu vertiefen.

Die Chancen, dass Dahmer diesen Plan umsetzen kann, stehen nicht schlecht.

In Umfragen liegt seine Labour-Partei 15 bis 20 Prozent vor den Regierenden Tories.

Christian Leninger.

Er sei seinen Kindern, seinem 15-jährigen Sohn und seiner zwölfjährigen Tochter schuldig, das Verhältnis zur EU zu reparieren, sagt Kirsten Dahmer in einem Interview mit der Financial Times.

Engere Handelsbeziehungen zur Union, eine neue Partnerschaft mit der Wirtschaft, seien seine Ziele, um so dem eher schleppenden britischen Wachstum neuen Schwung zu geben.

Denn, so der Labour-Chef, fast allen sei klar, dass das Abkommen das Exprimie Boris Johnson mit der EU geschlossen habe, kein gutes sei, es sei, wie es Dahmer formuliert, viel zu dünn.

Konkret bezieht sich der Labour-Chef auf das sogenannte Handels- und Kooperationsabkommen, manchmal auch Post-Brexit-Deal genannt, dass Großbritannien und die EU 2021 mehr sein Jahr nach dem Brexit geschlossen haben.

Es soll 2025 überprüft werden, in jedem Jahr, in dem auch spätestens in Großbritannien gewählt wird und dass Dahmers Labour diese Wahl klar gewinnen wird, das scheint, zumindest wenn man nach den heutigen Umfragen geht, eine ausgemachte Sache zu sein.

Dahmer präsentiert sich schon jetzt als zukünftiger britische Prämie.

Morgen etwa besucht er den französischen Präsident Emmanuel Macron und die Beziehungen London-EU werden bei dieser Visite sicher eines der Hauptthemen sein.

Doch Dahmer hat auch klar gemacht, dass er eines nicht will, einen Wiederheintritt Großbritanniens in die Zollunion mit der EU.

Und damit dürfte die von ihm angestrebte Korrektur des Brexit-Deals gar nicht so einfach werden, denn ganz sicher nicht möchte Brüssel, dass sich London nur die Rosinen aus dem gemeinsamen Markt der EU herausblickt.

In New York findet ab heute die Generaldebatte der Vereinten Nationen statt.

Wir als 20.000 Menschen werden die kommenden Tage im UNO-Hauptquartier verbringen, um die großen Krisen unserer Zeit zu diskutieren, vom Krieg in der Ukraine über Klimaschutz bis hin zur größerwertenden Schere zwischen Arm und Reich.

Österreich ist durch Bundespräsident Alexander von der Bellen und Außenminister Alexander Schallenberg vertreten, aus New York berichtet in Kapi.

Die sich verschlimmende Klimakrise, eskalierende Konflikte, steigende Ungleichheit und dramatische technologische Umwälzungen.

UNO-Generalsekretär Antonio Guterres schapeliert an die 140 Staats- und Regierungschefs und Chefinnen hier in New York, Auswege aus dem Schlamassel zu finden.

Erstmals seit Russlands Angriff auf die Ukraine wirds der ukrainische Präsident Zelenski in einem Gebäude mit Russlands Außenminister Lavrov sein.

Politische Durchbrüche sollte man nicht erwarten, denn von Friedensgesprächen sei man weit entfernt, so Guterresch.

Man hofft aber auf Annäherungen, um die Kollateralschäden des Krieges abzdämpfen.

Moskau etwa soll überzeugt werden, den Schwarzmeer-Export von ukrainischem Getreide, das in

Entwicklungsländern

dringend gebraucht wird, wieder zuzulassen.

Die spanische EU-Ratspräsidentschaft warnt die Staatengemeinschaft vor einer Abhängigkeit von China bei Lithium-Jonen-Batterien und Brennstoffzellen.

Ohne Gegensteuern könnte die EU bis 2030 genauso abhängig von China werden, wie sie es bei der Energieversorgung von Russland gewesen sei.

So steht es in einem für die Staats- und Regierungschefs der EU erstellten Strategiepapier.

Mehr von Max Nikols.

Aufgrund der Unstäten Wind und Sonnenenergieversorgung werden Europa-Energiespeicher benötigen.

Dies werde die EU-Nachfrage nach Lithium-Jonen-Batterien und Brennstoffzellen in den kommenden Jahren

um das 10- bis 30-Fache erhöhen.

So steht es in dem EU-Strategiepapier, das der Nachrichtenagentur Reuters vorliegt.

Ohne die Umsetzung wirksamer Maßnahmen könnte das europäische Energie-Ökosystem bis 2030 in eine Abhängigkeit von China geraten, die anders aber ähnlich schwerwiegend ist wie die von Russland vor dem Einmarsch in der Ukraine, heißt es da.

Das Papier könnte auch in der Diskussion rund um mögliche Einfuhrzölle für E-Autos aus China eine Rolle spielen.

EU-Binnenmarktkommissar Thierry Breton hält jedenfalls eine Verdoppelung der Einfuhrzölle für möglich.

In Wien geht am Vormittag eine außerordentliche Sitzung der Landeshauptleute konferenz über die Bühne.

Dabei wird zwischenbilanz über die laufenden Finanzausgleichsverhandlungen gezogen.

Die Länder drängen vehement auf eine Änderung des Schlüssel nachdem die gemeinschaftlichen Bundesaufgaben verteilt werden, und zwar zu ihrem eigenen und zum Vorteil der Gemeinden.

Der Bund hat stattdessen Sondermilliarden zugesagt.

Stefan Kappacher

Es sind aktuell 105 Milliarden Euro, die sich der Bund mit Ländern und Gemeinden teilt.

Die wollen jetzt 7 Milliarden mehr aus diesem Topf.

Das von Bund bis her zugesagte Plus liegt weiter runter und sei auch eine Mischung aus der Verlängerung von Basisfinanzierungen und frischem Geld für Investitionen, betont Caroline Mitterer vom Zentrum für Verwaltungsforschung.

Insofern ist das natürlich zu relativieren, dieses hohe Angebot von Seiten des Bundes, und das bleibt dann bei genauer Betrachtung nicht mehr allzu viel über.

Insofern glaube ich, dass sie schon noch weit auseinander sind aktuell.

Zumal ein ganz wichtiger Bereich noch überhaupt nicht totiert worden sei.

Alleine Klimaschutz und Klimawandel anpassen, müsste man mindestens eine Milliarde in die Hand nehmen.

Und das pro Jahr, sagt Mitterer.

Und das bekräftigt auch die Vivo Budget-Expertin Margit Schratzenstahler im Morgen-Journal um sieben.

Geld für den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandels sei unbedingt zu dotieren.

Möglich über den Zukunftsfonds, aus dem nach der Erfüllung von Vorgaben Geld fließen kann.

Also ganz grundsätzlich denke ich, dass das eine ganz, ganz wichtige Frage ist, die bis jetzt noch zu wenig Beachtung gefunden hat.

Es sind ja Bund, Länder und Gemeinden, sie hier sehr stark gefordert,

in den Klimaschutz und auch in die Klimawandelanpassung zu investieren.

Und ich gehe auch davon aus, dass wir hier Ausgabenbedarfe in Milliardenhöhe haben.

Also diese Finanzierungstage, die muss dringend geklärt werden.

Und ich glaube, wir brauchen auch weitere Schritte, um überhaupt den Finanzhaus gleich zu ökologisieren.

Das ist aber eher noch Zukunftsmusik, oder sehen Sie hier Chancen schon für den bevorstehenden Finanzausgleich?

Also ich würde schon meinen, dass man hier im bevorstehenden Finanzausgleich erste Schritte setzen kann,

indem man zum Beispiel diesen Zukunftsfonds entsprechend dotiert für die Klimaschutzausgaben.

Sagt Margit Schratzenstahler das gesamte Gespräch, können Sie wie immer über unser Onlineangebot nachhören.

Etwa jeder dritte Verkehrsunfall in Österreich passiert, weil jemand unaufmerksam ist.

Ablenkung als Unfallursache Nummer 1.

Vor allem das Handy am Steuer lässt das Risiko mein Vielfaches ansteigen.

Und dieses Risiko wird massiv unterschätzt.

Berte Tomasowicz.

Im Fahrtechnikzentrum des OMTC wurde die Theorie in der Praxis erprobt.

Die Aufgabe, die Testlenkerinnen und Lenker sollten während des Fahrens eine SMS schreiben und trotzdem rechtzeitig vor einem Zieherstreifen anhalten können.

Marin Seidenberger vom OMTC.

Also wäre dort ein Fußgänger gekommen, hätte niemand rechtzeitig anhalten können.

Und es wäre zu einer Koalition mit dem Fußgänger gekommen.

Beim SMS-Tippen und Lesen waren die Testpersonen bis zu 123 Meter im Blindflug unterwegs.

Vor allem bei den Jungen ist das Handy zum Alltagsgegenstand geworden

und sie sind besonders gefährdet, sich bei der Handinnutzung am Steuer zu überschätzen.

Da hat sich gezeigt, dass auch junge Leute 10 bis 12 Sekunden die Blicke weg von der Fahrbahn haben,

während sie ein ganz kurzes SMS nur beantworten.

Im Vorjahr sind mehr als 9.000 Personen bei Ablenkungsunfällen verletzt worden.

76 wurden getötet.

Und wir bleiben beim Straßenverkehr, die vor knapp einer Woche gestartete Desanierung der Tunnelkette

auf der Tauernautobahn in Salzburg hat am Wochenende für lange Staus gesorgt.

Die Wirtschaft protestiert, aus der Salzburger Landesregierung kommt die Forderung nach einem Verkehrsgipfel

mit dem Autobahnbetreiber Asvinak und den Betroffenen Gemeinden.

Gertrud Staber und Marta Georgiev berichten.

2,5 Stunden Stau in Fahrtrichtung Norden, eine Stunde in Fahrtrichtung Süden.

Am Sonntag ist es laut ÖR-MTC noch schlimmer gewesen als am Samstag.

Nachsatz, das könne nicht so weitergehen.

Die auf zwei Jahre angelegte Sanierung der fünf Tunnel auf der Tauernautobahn zwischen Golling und Werfen

treibt nicht nur die Tourismuswirtschaft auf die Palme.

So sagt etwa der Entsorgungsunternehmer Johann Strauber aus Kuchel.

Da kann die Versorgung und die Entsorgung für die innergebirgische Bezirke so nicht mehr funktionieren.

Es ist ein riesen wirtschaftlicher Schaden für alle.

Wenn es da massive Änderungen gibt, können wir uns alle miteinander nicht vorstellen, dass wir das so durchhalten, weil das funktioniert einfach nicht.

Die Anreiner Gemeinden klagen über die Belastung durch den Ausweichverkehr, dass rote Kreuzwährend das Krankentransporte länger dauern würden.

Die Salzburger SPÖ spricht von der Tauernautobahn als größtem Parkplatz Österreichs und der Verkehrsreferent der Landesregierung.

Landeshauptmann, Stellvertreter Stefan Schnöll will einen Verkehrsgipfel mit dem Autobahnbetreiber Asvinak

und den Betroffenen Gemeinden.

Ich erwarte mir, dass man sich diese Zahlen, die Verkehrsprognosen noch mal genauer anschaut, weil ich befürchte, dass man den Transitverkehr insgesamt unterschätzt hat.

Und dann muss ich sagen, stelle ich schon in Frage, ob es wirklich möglich ist, dass man diese fünf Tunnels auf einmal saniert oder ob es nicht gescheitert ist, dass man das etatemweise verwirklicht.

Die Asvinak teilt in einer schriftlichen Stellungnahme mit.

Man werde Verbesserungsmöglichkeiten im Bereich der Anschlussstellen prüfen.

Und weiter geht es mit den Meldungen Eva von Bitte.

Eine Woche nach der Flutkatastrophe in Libyen geht die Suche nach tausenden Vermissten weiter.

Tausende Tote wurden bisher vor allem in der Stadt Därne im Osten des Landes geborgen.

Und es könnte weitere Gefahr drohen.

Das UNO-Nothilf für Büro zeigt sich besorgt über zwei Däme nahe Därne und der Hauptstadt Bengasi,

hinter denen sich große Wassermassen stauen sollen.

Überschattet werden die Rettungseinsätze von einem schweren Verkehrsunfall,

bei dem gestern vier griechische Nothilfe und drei Mitglieder einer libyschen Familie ums Leben gekommen sind.

Ukrainische Truppen haben das schwer umkämpfte Dorf Klischivka in der Nähe von Bachmut im Osten des Landes zurückerobert.

Präsident Volodymyr Selensky spricht von einem wichtigen Fortschritt.

Russland hingegen hat nach eigenen Angaben ukrainische Drohnen in mehreren Regionen abgewährt

und eine ukrainische Panzerfabrik in der Nähe von Kharkev im Nordosten der Ukraine durch Raketenbeschuss zerstört.

China erhöht den Druck auf Taiwan laut thaiwanästischem Verteidigungsministerium, sind innerhalb von 24 Stunden mehr als 100 chinesische Kampffjets vor der Insel gezählt worden, so viele wie noch nie. Auch marine Schiffe wurden gesichtet.

Für China gehört der Inselstadt zum eigenen Staatsgebiet, Taiwan sieht sich als unabhängig.

[Transcript] Ö1 Journale / Morgenjournal um 8 (18.09.2023)

In der norditalienischen Region Toscana hat in der früheren Erdbeben der Stärke 4,8 Nachrichten Panik unter den Menschen ausgelöst. Das Epizentrum lag auf einer Tiefe von 8,4 km unweit der Gemeinde Maradi.

Das Erdbeben wurde in Florenz und in der Nachbarregion Emilia-Romania deutlich gespürt.

Es gab einige leichtere Nachbeben. Größere Schäden wurden bisher nicht gemeldet.

Das Wetter heute kräftiger Südwind, dazu immer wieder Sonne, aber auch Wolken und am Nachmittag von besten Regen und Gewitter, die heftig ausfallen können.

Die Höchstwerte 24 bis 31 Grad.

Dankeschön, Charlies Wetseni Technik, Franz Renner Regie und Christina Tönige-Frenkenberger. Ihr Journalteam sagt Danke für Ihr Interesse und wünscht einen guten Start in die Arbeitswoche.